

Z u s a m m e n s t e l l u n g

der Beschlüsse der 27. Sitzung des Hauptausschusses

am 16. 03. 2006

Anwesend: Herr Ocker)
Herr Sohn)
Herr Arpe)
Herr Hansen) als Mitglieder
Frau Stölck-Wiese)
Frau Holst)
Herr Treu)
BM Lorenz)

Herr Less) von der Verwaltung

Es sind 2 Einwohner/innen anwesend, darunter
Frau Hartz als Vertreterin des Personalrats der Stadt Lütjenburg,

Dauer : 19.00 – 21.35 Uhr

- - - -

I Öffentliche Sitzung

Vor Einstieg in die Tagesordnung verweist Herr Ocker auf einen vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion, der darauf ausgerichtet ist, die Entschädigungssatzung der Stadt Lütjenburg zu ändern, um notwendige Einsparungsmaßnahmen auch durch Kürzung der Aufwandsentschädigungen zu erreichen. Der Antrag soll unter TOP 5.3 beraten werden.

1) Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Die Tagesordnungspunkte sollen öffentlich beraten werden.

(einstimmig)

2) Genehmigung des Protokolls über die 26. Sitzung vom 09. 03. 2006

Gegen die Niederschrift werden bis zum Ende der Sitzung keine Einwände erhoben.

3) Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

4) Festsetzung steuerlicher Hebesätze

BM Lorenz begründet den Vorschlag der Verwaltung zur Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B und Gewerbesteuer. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit, im Rahmen einer Haushaltskonsolidierung und im Hinblick auf das anstehende Genehmigungsverfahren zum Haushalt 2006 die Einnahmesituation erheblich zu verbessern. Zum Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits ist es unabdingbar, langfristig auch durch Steuererhöhungen das Defizit abzubauen.

Nach Aussprache zu der Problematik wird die Beschlussvorlage

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen:

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt rückwirkend ab 01. 01. 2006 festgesetzt:

1. Grundsteuer B von bisher 270 v. H. auf 290 v. H.
2. Gewerbesteuer von bisher 300 v. H. auf 320 v. H.

mit 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

(Bemerkung: Dieser TOP wird folglich in der Sitzung der Stadtvertretung am 23. 06. 06 von der Tagesordnung genommen).

5) Haushalt 2006

5.1 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2005 - 2009

Anhand einer neuen Tischvorlage, in der die durch den Bau- und Umweltausschuss vorgeschlagenen Änderungen zum Investitionsprogramm (folgendermaßen UA 3400 Maßnahme 002 "Alte Schmiede", UA 6150 Maßnahme 001 "Städtebauförderung", UA 3600 Maßnahme 004 "Sanierung Kieler Straße", UA 4650 Maßnahme 001 "Kindergarten", UA 6300 Maßnahme 006 "Straßenausbau Vogelberg", UA 6300 Maßnahme 007 "Straßenausbau Bergstraße") eingearbeitet wurden, wurden die einzelnen Ansätze beraten. Dabei wird dann auch erörtert, ob es möglich sei, durch Grundstücksverkäufe (Piesberg) die haushaltmäßige Einnahmesituation zu verbessern. Es erfolgt sodann mehrheitlich (4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) folgender Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen :

Das als Anlage beigefügte Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2005 – 2009 wird gebilligt.

5.2 Stellenplan

Nach kurzer Erläuterung durch BM Lorenz, insbesondere zum erreichten Stellenabbau in der Verwaltung ergeht mehrheitlich (4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) der folgende Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen :

Der Stellenplan wird dem Haushaltsplan 2006 beigefügt.

Bemerkung: Für das Abrechnungsjahr 2005 wurden 4 schwerbehinderte Beschäftigte berücksichtigt. Eine Ausgleichsabgabe ist nicht zu zahlen.

Dem Protokoll ist eine durch Herrn Ocker zur Verfügung gestellte Übersicht zur Überleitung vorhandener Angestellter und Arbeiter in den TVöD/Beschäftigte Bund beigefügt.

5.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006

Herr Ocker gibt eine kurze Einführung und verweist nochmals darauf, dass unter diesem TOP auch der SPD-Antrag zur Änderung der Entschädigungssatzung behandelt werden soll.

Die vorgeschlagenen Einsparungen sollen im weiteren Verfahren anhand des Vorschlages der CDU-Fraktion im Einzelnen beraten werden. Zur Vorbereitung auf die Sitzung der Stadtvertretung soll die Liste mit den Stellungnahmen der Verwaltung noch versandt werden. Da der SPD-Fraktion die Tischvorlage zur vorherigen Beratung nicht zur Verfügung stand, erklärt Frau Holst die Rücknahme des SPD-Antrages.

Frau Holst und Herr Treu verlassen um 20.40 Uhr die Sitzung.

Es werden sodann alle Vorschläge der CDU-Fraktion zu Ausgabeneinsparungen beraten. BM Lorenz stellt zu den einzelnen Positionen klar, wo Einsparungen denkbar bzw. aus rechtlichen und vertraglichen Gründen nicht möglich sind. Die geplante Forderung einer Konzessionsabgabe durch die Stadtwerke soll im folgenden Haushaltsjahr beraten werden. Vor Abstimmung zur Haushaltssatzung 2006 erfolgt die Abstimmung über den zurückgenommenen SPD-Antrag zur Änderung einer Entschädigungssatzung. Der Antrag

"Die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit (Aufwandsentschädigung/ Sitzungsgeld) werden im Rahmen der notwendigen Einsparungsmaßnahmen im Verwaltungshaushalt um einen von der Stadtvertretung festzulegenden Betrag oder Prozentsatz gekürzt.

Die Entschädigungssatzung der Stadt Lütjenburg vom Juli 2003 wird entsprechend geändert."

wird sodann einstimmig abgelehnt. Danach erklärt die CDU-Fraktion, künftig freiwillig auf Sitzungsgelder für Teilfraktionssitzungen verzichten zu wollen.

Frau Stöck-Wiese stellt klar, dass die Mitglieder der FDP bisher keine Entschädigungen für Fraktionssitzungen in Anspruch genommen haben.

Mit 4 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung wird der folgende Beschluss gefasst:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen:

Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 wird unter Berücksichtigung der heute beschlossenen Änderungen erlassen.

6) Berichte / Verschiedenes

Herr Ocker verweist auf die anstehende Sitzung der Stadtvertretung am 23. 03. 06. In der Sitzung soll insbesondere auch der öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen dem Amt Lütjenburg-Land und der Stadt Lütjenburg über die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben des Sozialamtes beraten und beschlossen werden.

- - - -

Vorsitzender

Protokollführer